



Brüssel, den 10. Februar 2016
(OR. en)

5942/16

Interinstitutionelles Dossier:
2013/0027 (COD)

TELECOM 16
DATAPROTECT 11
CYBER 11
MI 68
CSC 28
CODEC 139

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Nr. Komm.dok.:	6342/13 TELECOM 24 DATAPROTECT 14 CYBER 2 MI 104 CODEC 313
Betr.:	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen gemeinsamen Netz- und Informationssicherheit in der Union – Annahme der politischen Einigung im Hinblick auf eine frühzeitige Einigung in zweiter Lesung mit dem Europäischen Parlament

1. Die Kommission hat dem Rat und dem Europäischen Parlament am 12. Februar 2013 den obengenannten Richtlinienvorschlag vorgelegt.
2. Das Europäische Parlament (Berichterstatter: Andreas Schwab, PPE) hat seinen Standpunkt in erster Lesung am 13. März 2014 festgelegt.
3. Im Rat hat die Gruppe "Telekommunikation und Informationssicherheit" den Vorschlag in mehreren Sitzungen geprüft. Am 14. Oktober 2014 hat der Ausschuss der Ständigen Vertreter dem italienischen Vorsitz das Mandat für die Einleitung von Trilog-Sitzungen mit dem Europäischen Parlament erteilt.

4. Insgesamt fanden unter italienischem, lettischem und luxemburgischem Vorsitz sechs informelle Trilogie statt; in einem abschließenden Trilog wurde am 7. Dezember 2015 eine vorläufige Einigung über einen Kompromisstext erzielt.
5. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter hat den Kompromisstext am 18. Dezember 2015 gebilligt.
6. Der Vorsitzende des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) des Europäischen Parlaments hat am 28. Januar 2016 ein Schreiben an den Präsidenten des Ausschusses der Ständigen Vertreter gerichtet; darin wird ausgeführt, dass er dem Plenum empfehlen werde, den Standpunkt des Rates ohne Abänderungen in zweiter Lesung des Parlaments – vorbehaltlich der Überprüfung durch die Rechts- und Sprachsachverständigen – zu billigen, falls der Rat seinen Standpunkt in erster Lesung im Einklang mit dem oben genannten Kompromisstext festlegt.
7. Daher wird der Ausschuss der Ständigen Vertreter ersucht, dem Rat zu empfehlen, er möge den in Dokument 5894/16 wiedergegebenen Text der politischen Einigung als A-Punkt bestätigen.
